

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Daktion u. Verwaltung: Drag 11, Petřínstraße 15 • Telefon: 26795, 31409, Nachdruck: (ab 21 U. Z.) 33535 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Sonntag, 27. August 1933

Nr. 200.

Saarländische Verteidiger für Torgler.

Das Reichsgericht hat alle Versuche ausländischer Rechtsanwältinnen, als Verteidiger der wegen der Brandstiftung im Reichstag Angeklagten zugelassen zu werden, abgelehnt. In Deutschland selbst gibt es keinen unabhängigen Verteidiger; darum hat das Reichsgericht dem Angeklagten Torgler einen Spezialverteidiger beigegeben, der sich als Kampfbahn der extremen Rechten bereits einen Namen gemacht hat. Es ist unschwer zu sagen, daß eine solche Verteidigung leider nicht nur wertlos, sondern eine Bedrohung der Angeklagten ist.

Um so erfreulicher ist es, daß sich zwei saarländische Rechtsanwältinnen fanden, die die Verteidigung der Angeklagten zu übernehmen bereit sind. Es handelt sich um die Advokaten Dr. Lehmann und Dr. Schneider. Bewohner des Saargebietes gelten nach den deutschen Gesetzen nicht als Ausländer und müssen zu den Gerichten als Verteidiger zugelassen werden.

80.000 Schutzhäftlinge.

Der „Neue Vorwärts“ veröffentlicht eine annähernd vollständige Uebersicht über die Konzentrationslager in Deutschland. In der Liste werden 65 Konzentrationslager einzeln aufgeführt. Die größten Konzentrationslager befinden sich in Dranienburg (2000 Gefangene), Sonnenburg (420 Gefangene), Lichtenburg b. Torgau (100 Gefangene), Wilsede (1300 Gefangene), Senarück (mehr als 2000 Gefangene), Coblenz-Karmerita (700 Gefangene), Siegburg (2500 Gefangene), Dachau (3500 Gefangene), Burg Söhnstein (600 Gefangene), Sachsenburg (1200 Gefangene), Bad Dürrenheim (500 Gefangene), Neuburg (2000 Gefangene), Rastatt (300 Gefangene), Ehrdruf (1000 Gefangene), Elshofen (200 Gefangene).

In den 65 Konzentrationslagern sind 40.000 bis 45.000 Schutzhäftlinge untergebracht. Da die Zahl der Schutzhaftgefangenen, die sich in regulären Polizei- und Gerichtsgefängnissen befinden, etwa ebenso groß ist, so wird die Zahl der Schutzhaftgefangenen insgesamt mit 80.000 angegeben.

120 „Hochverräter“

Wesau, 26. August. Nach langwierigen Ermittlungen gelang es, den für den Bezirk Magdeburg-Anhalt tätigen Kurier der SPD festzunehmen. Außerdem wurden verschiedene Militärwaffen und Munition beschlagnahmt. Insgesamt haben sich etwa 120 Personen des Hochverrats, des Diebstahls und des unbefugten Waffenbesitzes schuldig gemacht. Der große Teil von ihnen wurde in Haft behalten.

Oesterreichische SA in Nürnberg

Berlin, 26. August. Auf dem Kongress der Nationalsozialistischen Partei, der am nächsten Sonntag in Nürnberg stattfindet, wird, wie die Blätter melden, auch eine Kundgebung der Einheit der deutschen nationalsozialistischen Bewegung mit den österreichischen Nationalsozialisten stattfinden. Oesterreichische SA in braunen Hemden werden an der Spitze des Defiles schreiten. Ebenso werden bei anderen offiziellen mit den Parteikongress zusammenhängenden Gelegenheiten österreichische SA-Männer gemeinsam mit reichsdeutschen SA demonstrieren.

Zu dieser Meldung ist zu betonen, daß noch vor einigen Tagen die Führung der Nationalsozialistischen Partei in einem Dementi der kürzlichen Enthüllungen der Wiener „Reichspost“ erklärt hat, daß sich in Deutschland keine österreichischen SA-Abteilungen befinden.

Eine Regierungserklärung konfisziert

Wien, 26. August. (Eigenbericht.) Die Wiener Landesregierung beschäftigte sich heute mit dem Gesetz über die Kostenverteilung, durch die dem Lande Wien 36 Millionen Schilling abgenommen und dem Staat zugeführt werden sollen. Die von der Landesregierung angenommene Resolution sollte über Beschluß der Regierung öffentlich platziert werden. Die Plakate, die den immunitierten Text dieser Resolution enthielten, wurden aber bereits Samstag mittags im Auftrag des Landesgerichtes konfisziert. Angeblich wegen Aufreizung und Verbreitung beunruhigender Berichte. Es ist das erstmalig, daß eine Erklärung der Landesregierung konfisziert

Moralischer und materieller Boykott des Hitlerismus.

Beschlüsse der Internationalen sozialistischen Konferenz.

Paris, 26. August. (Tsch. P.-B.) Die Konferenz der II. Internationale hat heute nachts ihre Arbeiten beendet. Nach den Ausführungen des Hauptberichterstatters Otto Bauer wurde eine Schlußresolution angenommen, in welcher die Einheitsfront mit den Kommunisten abgelehnt, jedoch „der Wille zu einer Einigung der gespaltenen Kräfte der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht“, die „Hitlerbarbarei“ an den Pranger gestellt und die Arbeiterklasse sowie die Völker der ganzen Welt zum Kampfe gegen den Faschismus aufgerufen werden.

Weiters beschloß die Konferenz:

1. Sämtliche sozialistische Parteien veranstalten am 9. November, dem Jahrestag der deutschen Novemberrevolution vom Jahre 1918, große Demonstrationen gegen den Faschismus und den Hitlerismus.

2. Die Internationale beteiligt sich mit ihren gesamten Kräften an der Organisation des moralischen und materiellen Boykotts gegen den Hitlerismus. Sie wird die Opfer des Faschismus und des Hitlerismus sowie die vor diesen politischen Regimen Geflüchteten unterstützen.

3. Die Internationale fordert sämtliche freien Nationen auf, sich gegen die Kriegsgefahr, welche der Faschismus und der Hitlerismus repräsentiert, zusammenzuschließen.

4. Die Internationale fordert ferner die demokratischen Völker auf, dem Völkerbundrate sämtliche Probleme, welche den Westvölkern be-

drohen, sowie die neuen Rüstungen Deutschlands, die Agitationen Deutschlands in Oesterreich, Danzig usw. zu unterbreiten. Die Konferenz billigt die gemeinsame Resolution der II. Internationale und der Gewerkschaftsinternationale betreffs des Kampfes gegen den Krieg. Sie gibt zu, daß Deutschland gleich wie die übrigen Völker gleiche Rechte aber auch gleiche Pflichten in Angelegenheiten der Rüstung und insbesondere der Abrüstung hat.

Die Konferenz lehnt jedes Zugeständnis gegenüber dem Nationalismus ab und hat hierdurch tatsächlich keinen bestimmten Standpunkt zu den Differenzen innerhalb der französischen Partei.

Die Resolution Bauers wurde mit 291 gegen 18 Stimmen, die Resolution über die Abrüstung mit 283 gegen 19 Stimmen angenommen. 2 Delegationen, unter ihnen auch Leon Blum, enthielten sich der Abstimmung. Die Resolution, welche die „gegen die Juden gerichtete Demagogie“ verurteilt, wurde einstimmig angenommen.

Schluß der Konferenz.

Paris, 26. August. (Eigenbericht.) In der Nacht zum Samstag wurde die Konferenz der Internationale zu Ende geführt. Die Schlußrede an der Konferenz hielt Van der Velde, der in begeisterten Worten seinen Glauben an die Internationale und die Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte.

Ist der Trieb e-Schwindel schon 1932 bekannt gewesen?

Deutsche sozialdemokratische Anfrage an den Landespräsidenten.

Die Landesvertreter Genossen Krejčí und Dr. Strauß haben an den Landespräsidenten von Böhmen Dr. Šobota die nachstehende Anfrage gestellt und ihn ersucht, die darin behandelte Angelegenheit einer dringenden Behandlung zu unterziehen, beziehungsweise die Anfrage in kürzester Zeit zu beantworten:

1. Ist es dem Herrn Landespräsidenten bekannt, daß von Seite der Revisionsabteilung des Landes Böhmen im Mai des Jahres 1932 eine Ueberprüfung der Finanzgebarung der Gemeinde Weipert vorgenommen wurde, wobei festgestellt wurde,

daß sich bei der Kontierung von Darlehen Unregelmäßigkeiten ergaben, die in dem im Juli 1932 fertiggestellten Revisionsbericht der

Landeskontrolle bemerkt wurden, ohne daß dieser Bericht bis Ende Juli 1933 zur Kenntnis der Gemeinde Weipert gebracht worden wäre?

2. Der Herr Landespräsident möge prüfen, warum der Revisionsbericht im Landessamte mehr als 14 Monate zurückgehalten wurde, und den Unterzeichneten die Ursachen dieser unangenehmen Vorgangsweise bekanntgeben.

3. Der Herr Landespräsident wird ersucht, mitzuteilen, was er zu tun gedenkt, um eine Wiederholung dieser, einer ordentlichen Verwaltung des Landes widersprechenden Behandlung eines aufgedeckten Betruges an einer Gemeinde unmöglich zu machen.

Trieb e fabriziert Stadtratsprotokolle und Darlehensbewilligungen

und ließ sich die gefälschten Dokumente gerichtlich beglaubigen.

Der Skandal um den Direktor der „Heimatscholle“ in Komotau wird immer größer und wendet sich der Groteske zu. Es stellt sich nun heraus, daß der Hochstapler zur Erreichung des Kredites von 400.000 Ks bei der Petřauer

wird. Die Beschaffung der Plakate wurde mit der Unvollständigkeit des Berichtes einer geschickten Körperschaft, die nicht wahrheitsgetreu sei, begründet.

Die „vaterlandslosen“ Schriftsteller werden Oesterreicher?

Wien, 26. August. Der Schutzverband der österreichischen Schriftsteller hat an die Bundesregierung das Ersuchen gerichtet, daß den Schriftstellern, denen Deutschland die Staatsbürgerschaft abgesprochen hat, die österreichische Staatsbürgerschaft gewährt werde. Dieser Aktion hat sich auch der Penklub angeschlossen.

Spartakus Protokolle über Stadtrats- und Gemeindevorsteherungen vorlegte, die wie stattgefunden haben und mit deren Hilfe sich Trieb e den Auftrag zur Aufnahme größerer Darlehen, über Beschluß der beiden obgenannten Körperschaften gab. Der Lump hat diese Protokolle selbst hergestellt und besah sogar die Frechheit, sie gerichtlich bestätigen zu lassen, so daß der Millionendiebstahl auch noch zu einer Köpenickade wird. Wie er die Beschlüsse der Gemeindevorstände selbst herstellte, so schrieb er auch die Darlehensbewilligung der Landesbehörde selber und weder auf dem Gericht noch bei der Spartakus in Petřau merkte man den Schwindel, offenbar weil man es für überflüssig hielt, Schriftstücke, die der Herr „Direktor“ Trieb e in der Hand hielt, zu überprüfen. Der Mann war doch schon auf Grund seiner Schmiergelder und seiner Saufgelage über jeden Verdacht erhaben.

Da sich jetzt herausstellt, daß Trieb e die 400.000 Ks mit Hilfe gefälschter Protokolle und der gefälschten Landesbewilligung bekommen hat, lehnt die Stadt Joachimsthal jede Haftung für den Betrag ab. Die Spartakus in Petřau wird also die 400.000 Ks abbezahlen müssen, denn von Trieb e ist nichts da als Schulden und vielleicht noch gefälschte Dokumente.

Aufrüstung statt Sozialisierung!

Unter den 17 Millionen Deutschen, die durch ihre Stimmabgabe dazu verholfen haben, daß das Dritte Reich Wirklichkeit wurde, sind neben der Fülle der Kleinbürgerlichen und großbürgerlichen Reaktionen, sicher auch Hunderttausende, wenn nicht Millionen irregulärer Proletarier gewesen, die darauf gehofft haben, daß die sozialistischen Versprechungen des nationalsozialistischen Programms in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden würden.

Ihnen ist mit aller brutaler Deutlichkeit, insbesondere von Herrn Feder, dem Wirtschaftsjahrespräsidenten der NSDAP, etwa zur gleichen Zeit als Hitler durch seine Rede die „Zweite Revolution“ abzustoßen versuchte, gesagt worden: „Ich lehne jeden Sozialisierungsvorhaben ab, weil jedes Sozialisierungsexperiment die Gefahr mit sich bringt, das schöpferische Element, das ist die Persönlichkeit, aus dem Wirtschaftsprozess auszuschalten.“

Nachdem die schöpferische Persönlichkeit in Gestalt des Herrn Thyssen als Wirtschaftsdiktator an Rhein und Ruhr in den Staatsrat und in den Wirtschaftsbeirat des Dritten Reiches Einzug gehalten hat, beginnen langsam die ersten murrenden Stimmen trotz aller Propagandakünste des Herrn Göbbels, laut zu werden. Was tun? Ein neuer Ausweg ist gefunden worden: Gegen jede Regung des Massenkampfes auch in dem eigenen Lager, muß das Gebot einer „nationalen Einheitsfront“ herhalten. Man sucht sie herzustellen, indem man aus den Juden den Popanz konstruierte, den man trotz, schlug und verfolgte, um aus den Demütigungen dieser neuen Parias ein Machtbewußtsein zu schöpfen, mit dem man jenes Minderwertigkeitsgefühl zu überwinden hoffte, das in all denen lebt, die innerlich den Kriegsverlust nicht anzuerkennen vermögen, und statt der eigenen Unzulänglichkeit, die Dolchstoßlegende als Ursache der Niederlage herausstellen.

Aber mit den Verfolgungen von Juden, Marxisten und Pazifisten allein ist es nicht getan. Eine nationale Einheitsfront kann nicht nur über einem wehrlosen Gegner errichtet werden. Zusammenhalt gibt es nicht gegenüber überwundenen, sondern nur gegenüber kommenden, drohenden Gefahren. Die Diktatur braucht einen neuen Feind, denn nur der Kampf nach außen rechtfertigt die Diktatur nach innen.

Die deutschen Kriegsrüstungen, die trotz aller heuchlerischen Friedensreden aus der Verleumdung der deutschen Eisenimporte, gegenüber dem Vorfahr, aus der Steigerung von Kupfer- und Metallbezügen hervorgehen, und die sich in den Massenaufrufen für Tanks, Schutzmaschinen, Kanonen, Minenwerfer, Kampfgas und Munition und vor allem in einem geradezu phantastischen Dimensionen annehmenden Flugzeugbau auf deutliche Fundamenten gehen Hand in Hand mit der Militarisierung der Jugend in Arbeitsdienstlagern, Wehrsport- und Turnverbänden und den Polizeiverstärkungen durch SA und SS. Der kleine Spießer trinkt sein Bier im Gaschutzkeller, der große Spießer läßt sich die neuen Phantasieuniformen schneiden. Ganz Deutschland wird eine große Kaserne, eine große Kriegsschmiede und ein großer Truppenübungsplatz!

Wozu das Alles? Nachdem noch in Mai nach recht zuverlässigen Nachrichten ein russisches Bündnisangebot an Hitlerdeutschland am politischen Ungescheh der Regierung gescheitert ist, und sich jetzt wieder, enger noch und lächerlicher als vor dem Kriege, ein Kreis um Deutschland zieht, erscheint jeder Kriegsgedanke als absurderer Wahnsinn.

„Und ist es Wahnsinn, hat es doch Methode.“ Nicht der Krieg ist möglicherweise das erste Ziel, aber sicherlich die Kriegsführung. Alles soll sich einordnen, keiner darf mucken. Ein Hundstot, wer jetzt an Sozialisierung denkt, wo es gilt, der „schöpferischen

Ueberlebt Hitlers Regierung den Winter?

Schleicher auf der Bühne.

Wir sind heute in der Lage, auf Grund besonderer Informationen eines höheren deutschen Regierungsbeamten eine Darstellung über die Aussichten der Hitler-Regierung zu geben. Der nach außen natürlich auch gleichgeschaltete Beamte eines Reichsministeriums hat in seiner Amtstätigkeit oft das „Bergnügen“, an Rabiner über die inneren Schwierigkeiten und die Internas ausgezeichnet informiert und weiß mehr über die inneren Schwierigkeiten und die einzelnen Konflikte in der Regierung, als hier wiedergegeben werden kann. Er kommt aus seiner Kenntnis der Dinge zu dem Schluss, daß die Regierung Hitlers an den im Winter nicht mehr zu überwindenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheitern wird.

Wir halten diese Auffassung für zu optimistisch, wir glauben, daß der Beurteiler seine Auffassung sich zu sehr auf Grund der äußeren Vorgänge im Kabinett gebildet hat und zu wenig die historische Situation und die aus dem derzeitigen Zustand der Klassenkämpfe sich ergebenden Zusammenhänge sieht.

Die inneren Schwierigkeiten der Regierung Hitlers werden von Tag zu Tag größer. Mit banger Sorge denkt mancher der Minister an den kommenden Winter. Bis jetzt hat man mit Festen, Spielen und Propaganda über die nicht erfüllten Versprechungen hinweg zu täuschen versucht, aber im Winter wird von großen Teilen der Bevölkerung sichtbare Einlösung der gemachten Versprechungen gefordert werden. Dazu besteht keinerlei Möglichkeit: Im Winter wird sich das Steigen der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch vor der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen lassen. Das Gesellschaftsleben ist jetzt schon überall und vor allem auch die steigenden finanziellen Schwierigkeiten machen der Regierung große Sorgen. Die ganze deutsche Wirtschaft ist — mit Ausnahme der Rüstungsindustrie — so krank, wie sie noch niemals war. Die jetzigen Täuschungsaktionen über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ähnliche Maßnahmen kosten so viel Geld, daß dadurch die finanziellen Schwierigkeiten der Reich, Staat und Ländern unendlich gesteigert werden. Die für die Finanzen verantwortlichen Regierungsstellen erwarten nach dem Herbst eine Katastrophe, aus der niemand in der Regierung einen Ausweg sieht.

In den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen herrscht innerhalb der Regierung unerkennbar Panik - Stimmung. Jeder der nationalsozialistischen Minister regiert drauf los nach dem Motto: Nach uns die Sintflut! Das dadurch entstehende Durcheinander vergrößert die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch weiter. Wiederholt sind im Reichskabinett von den nicht nationalsozialistischen Ministern Beschlüsse verlangt worden, die dieses Durcheinander und Gegen-einander-Regieren verhindern sollen. Diese Beschlüsse sind auch gefaßt worden, aber in der Praxis hat sich nichts geändert.

Wer die gleichgeschaltete deutsche Presse liest, muß natürlich glauben, daß die Kabinettsitzungen der Hitler-Regierung in trauter Einmütigkeit und Harmonie verlaufen. Das alles so genau wird, wie der Kanzler und Führer vorkommt. Das ist nicht der Fall. In mancher der Kabinettsitzungen hat es für mich eine Auseinandersetzung gegeben, wie sie bei früheren Regierungen nicht üblich waren. Und in sehr vielen Fällen ist nach so stürmischen Sitzungen Hitler von einer Mehrheit in seinem Kabinett überstimmt worden.

Um die nationalsozialistischen Minister herum ist ein großer Troß von nationalsozialistischen Staatssekretären und Unterführern, die gegen-einander kämpfen und intrigieren. Jeder will befehlen und kommandieren, und die Uneinigkeit der nach außen so schön geeint erscheinenden national-

sozialistischen Führer-Familie ist schon so groß geworden, daß dieser Zustand sich nicht lange mehr vor der Öffentlichkeit verheimlichen lassen.

Bestige innere Kämpfe sind der Berufung Dr. Schmitts zum Wirtschaftsminister vorausgegangen. Schmitts Berufung war der Ausdruck der inneren Verwirrung eines Teiles der Nationalisten. Diese sehen die wirtschaftliche Katastrophe nahen, sie wissen kein Mittel gegen die Katastrophe und haben darum zu dem ihnen von der Schwerindustrie empfohlenen großkapitalistischen Wundermann gegriffen, von dem sie das Rezept erwarten. Die Berufung Schmitts war die Flucht aus der nationalsozialistischen Praxis in die Arme des mit dem Nimbus unüberwindlicher wirtschaftlicher Fähigkeiten umgebenen großkapitalistischen Wirtschaftskapitäns. Von Schmitt sagte man, daß er ein großes Wirtschaftsprogramm zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland mitbringe. Er besaß weitgehende Vollmachten, aber er macht davon nicht den von Hitler erwarteten Gebrauch.

10.000 bekunden: der Sozialismus lebt!

Die Vorfeier des antifascistischen Jugend- und Arbeitertages in Bodenbach.

Am Vorabend des antifascistischen Jugend- und Arbeitertages, Sonntag, den 26. August, fand eine gewaltige Vorfeier am Spielplatz an der Elbe statt. Ueberwältigend durch seine Wucht und Schönheit bewegte sich ein Zug, wie Bodenbach noch keinen gesehen hat, gegen den Spielplatz. Der Aufmarsch in später Abendstunde beherrschte das Stadtbild und zog alles in seinen Bann. 6000 marschierten zum Spielplatz, davon mehr als die Hälfte in einheitlicher Kleidung der Jugendlichen, der Turner und der R. W. In ganzen Zuge wurden rote Windflügel getragen, wodurch der Zug der Sechshundert ein Bild organisierten Geschlossenheit und der Begeisterung ergab. Die Marschkolonnen bewegten sich durch ein endloses Spalier tausender Menschen bis sich zum Teil in den Zug Angliederten, so daß schließlich an der Kundgebung am Spielplatz gegen 10.000 Menschen beteiligt waren.

In musterhafter Disziplin und ohne jede Störung erfolgte die Aufstellung der Manifestanten. Hunderte Ordner sorgten für den reibungslosen Verlauf der Kundgebung. Zwei Kanonen-

schläge und zwei Raketen verkündeten den Beginn der eindrucksvollen Feier. Die Sänger traten an und bringen in höchster Vollendung im gemischten Chor „Empor zum Licht“ zum Vortrag. Dann sprechen unter großem Beifall der Zuhörer die Genossen Abg. Schweichhart und Geißler über den Sinn der Kundgebung und das Wesen des Faschismus. Es folgt ein auswehlender Sprechchor der Jugendlichen, der durch das Fahrenschwingen von fünfzig Turnern wirksam unterstützt und gehoben wird. Dann braust die „Internationale“ durch die Nacht und schließt die Manifestation ab. Dieser erhebende Auftakt des antifascistischen Arbeitertages mag selbst den geistigsten Arbeiter den von der Unüberwindlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft und der sozialistischen Idee überzeugt haben. Trotz dem barbarischen Faschismus, trotz Hitler und Mussolini, trotz Krise und Not, die Arbeiterjugend, die Mehrheit der Arbeiterkraft steht kampfbereit entschlossen, unbeflegbar hinter den roten Fahnen, bleibt treu ihrer Klasse und bekennt sich mutig zum Sozialismus.

weil — auch Schmitt kein Rettungsprogramm aus dieser Krise hat. Im Augenblick aber regiert er im Sinne seiner Auftraggeber recht energisch, und die nationalsozialistischen Minister lassen ihn gewähren, weil sie im Stillen hoffen, daß er vielleicht doch noch fertig bringt, was sie nicht vermögen. Wenn sich nach einiger Zeit offenbaren wird, daß auch Schmitt den Weg aus dem Chaos nicht führen konnte, dann wird man die Wut der empörten Massen auf ihn lenken und versuchen, den als Rettungengel gerufenen Wundermann als Sündenbock in die Wüste zu schicken.

Ob die nationalsozialistischen Diktatoren dann aber noch stark genug dazu werden, ist sehr zweifelhaft. In der Regierung selbst sind Kräfte vorhanden, die im Zusammenhang mit großkapitalistischen Kreisen und mit dem trotz alledem noch aktiven General Schleicher die neue Regierung vorbereiten. Eine Regierung, die nach der von den nationalsozialistischen Diktatoren herbeigeführten wirtschaftlichen Katastrophe die Rettung herbeizuführen versuchen soll und die eine Regierung der Militärdiktatur sein wird. Ihre Aufgabe wird sein, Ruhe und Ordnung in kapitalistischen Staaten zu schaffen, sie wird die Unterdrückung der großkapitalistischen Kreise haben und soll der sichereren Schutzwall gegen die proletarische Revolution sein. Jedenfalls ist die Meinung der Eingeweihten, daß Hitlers Regierung den Winter nicht mehr überleben wird.

Fürsorge für die Emigranten.

Beratungen in Paris. — Taub berichtet über die Hilfsaktion in der Tschechoslowakei.

Am 21. August, abends, fand in Paris eine Sitzung der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen unter Vorsitz von Louis de Brodère statt. Der Gegenstand der Verhandlungen waren die Verfolgungen unter dem Hitler-Regime in Deutschland. Es wurde einerseits über die Lage der Gefangenen in Deutschland und das Los von deren Angehörigen, andererseits über die Lage der Flüchtlinge aus Deutschland eingehend Bericht erstattet.

An der Sitzung nahmen außer den Mitgliedern der Kommission eine ganze Reihe von Vertretern der Länder, die an der Flüchtlingsfrage besonders interessiert sind, teil. Ueber die Schwierigkeiten der Versorgung der Flüchtlinge in Paris berichtet der Obmann der Flüchtlingshilfe in Paris A. Rehsig, sowie Grumbach und Longuet. Ueber die Hilfsaktion in der Tschechoslowakei gab Abg. Taub, Prag, Aufschlüsse, über die Organisation der Flüchtlingshilfe in der Schweiz Nationalrat Grimm. Ueber die Verhältnisse in Holland sprach Voelkman, in Dänemark Abg. A. Ulfing Andersen, in Großbritannien William Gillies. Ollenhauer berichtete über die Enquete, die die deutschen Genossen in Prag über die Lage der Flüchtlinge unternommen haben und gab aufschlußreiche Angaben über die Hilfsaktionen in Deutschland selbst, die für die in Konzentrationslagern eingesperrten und für deren Angehörige unternommen wurden.

Auf Vorschlag de Brodères wurde beschlossen, in Verbindung mit der Internationalen Vereinigung sozialistischer Juristen die Probleme jener Flüchtlinge besonders zu prüfen, die staatenlos geworden sind. Es wurde festgestellt, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung durchaus möglich ist, zwar keine Passpässe, aber doch einigermaßen gleichwertige Dokumente von den Regierungen der einzelnen Länder zu erlangen.

Die Hauptprobleme der Hilfeleistung, nämlich materielle Unterstützung, Arbeitsbeschaffung und Aufenthaltserlaubnis werden im Auftrag der Kommission von A. Ulfing Andersen (Dänemark) in der Internationalen Sozialistischen Konferenz zur Sprache gebracht werden und vor allem ein erster Appell zur Beschaffung der notwendigen Mittel für den Matteottifond erhoben werden. (ist inzwischen geschehen. D. Red.)

Generaldebatte auf dem Zionistenkongreß.

In der Sonnabend-Nachmittag des Prager Zionistenkongresses kam es im Verlauf langwieriger erregter Geschäftsordnungsdebatten immer wieder zu Zusammenstößen zwischen der Opposition und den Vertretern der Exekutive. Auch unter den Zuhauern entstanden Tumulte. Großmann, der Vertreter der „demokratischen Revisionisten“, einer faschistischen Gruppe, die sich immerhin ein Kuriosum, mit demokratischen Gewändern schmückt, richtete an die Exekutive eine dringende Anfrage wegen angeblicher Verhandlungen zwischen ihr und hitleroffiziösen deutschen Stellen. Der Interpellant verwies auf Meldungen englischer Blätter und erklärte, daß diese Gerüchte die jüdische Öffentlichkeit aufs schwerste beunruhigen würden. Der Prager trat dem Revisionisten entgegen und verwies ihn auf spätere ausführliche Erörterungen des angeschnittenen Problems.

Dr. Schmorra, Polen, Vertreter der Allgemeinen Zionisten, hielt es für angebracht, gegen die Linke zu polemisieren. Als Vertreter einer ausgesprochen kapitalistisch-bürgerlichen Gruppe plädierte er zwar in schwungvollen Worten für soziale Gerechtigkeit unter Ablehnung des Klassenkampfes, vergaß aber dabei, daß die Unternehmer, die in seinem Lager stehen, bei allen liberalen Floskeln den wirtschaftlichen Klassenkampf von oben betreiben. Draßliche Zwischenrufe, die von der Linken kamen, belehrten ihn darüber.

In später Nachtstunde erhob sich der sozialistische Zionist Dr. Rubaschoff, um in einer dialektisch wie inhaltlich gleich meisterhaften Rede der billigen Polemik seines Vordredners die übertragenden Aufgaben der palästinensischen Arbeiterkraft gegenüberzustellen. Bei aller Hebe, die sie gegen unsere kraftvolle Organisation entfalten, rief der Redner aus, dürfen sie nicht vergessen, daß ohne unsere Arbeit, ohne die Arbeit unserer Massen Palästina eine Wüste, ein Nichts wäre. Der überaus lebendige Sprecher rief den Kongreß oftmals zu stürmischen, minutenlangem Beifallskundgebungen hin.

Noch gegen Mitternacht ist die Debatte in vollem Gange.

Genosse Ignaz Jarmer gestorben.

Gestern hat im Bränner Spital der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt einer unserer besten und tüchtigsten Funktionäre, Gen. Ignaz Jarmer aus Mähr. Trübau sein arbeitsreiches, stets dem Dienste um die Arbeiterkraft gewidmetes Leben beschlossen. Mit Genossen Jarmer verliert unsere Bewegung einen Kämpfer aus dem Heldenzeitalter unserer Partei, einen stets hilfsbereiten, kampfbereiten und unermüdeten Sozialisten, einen Menschen, dem seine eigene Existenz nichts, seine Mitmenschen, Mitproletarier alles waren.

Als Häuslerjohn ist Ignaz Jarmer im Jahre 1890 in Altstadt geboren, sechs Kinder hatten seine Eltern zu erhalten, Not und Entbehrung waren ständige Gäste in der kleinen Stütte. Schon mit 12 Jahren mußte der Kleine den Lebensweg zum Bauern gehen, mit kaum 13 Jahren schon die schwersten Ackerarbeiten leisten. Im Alter von 23 Jahren trat Ignaz Jarmer als Handweber in eine Seidenfabrik ein und kurz darauf fand er auch den Weg zum Sozialismus, wurde er einer der begeistertsten Propagandisten unserer Idee, einer der fleißigsten Kolportage der sozialistischen Presse. Nach der schweren zwölfstündigen Arbeit in der Fabrik studierte Jarmer die Nächte durch, an Sonntagen ging er hinaus aufs flache Land, um den neuen Geist des Sozialismus zu predigen und neue Mitkämpfer, neue Freunde zu gewinnen. Im Jahre 1899 fand er an der Spitze der demonstrierenden Arbeiterkraft Mähr. Trübau, die gegen die Gewehre der Gendarmen und gegen den Willen der Unternehmer den Weltfeiertag der Arbeit, den 1. Mai, eroberte. Tatkräftig griff Genosse Jarmer auch in den Bruderkampf des Proletariats zwischen Gemäßigten und Radikalen ein und suchte die einander scharf bekämpfenden Brüder zu einigen und zu vereinen. Aber erst im Jahre 1902 war es im Mähr. Trübauer Bezirk so weit, daß die sozialistische Arbeiterkraft wieder an Aufbauarbeit denken konnte und damit begann auch die schwierige, aber erfolgreiche Propagandarbeit des unermüdeten Kämpfers Jarmer, tagelange Versammlungen und Agitationsreisen. Doch zu bald wird Jarmer den Unternehmern unheimlich, alle Versammlungen Jarmer zum Verrat und Beschuldigungen schloßen sich, ein Streik, den Jarmer führte, wird zum billigen Anlaß benützt, den bei den Arbeitgebern verhafteten Sozialisten zu wahren, ihn auf die schwarze Liste zu setzen. Damit ist Jarmer die Möglichkeit genommen, in seiner Heimat Arbeit zu erhalten, er geht in die Schweiz, wo er unter falschem Namen Verammlungen abhält, dann nach Wien, doch auch hier ist es ihm unmöglich, Beschäftigung zu finden; zu bekannt war der Name des Sozialisten Jarmer geworden. Endlich gelingt es der Partei in Zwickau, ihn in Parteidiensten zu beschäftigen, aber bald sind die Mittel der Organisation erschöpft und Jarmer geht neuerdings auf Arbeitssuche. Der Arbeiter-Konsumverein in Mähr. Trübau stellt ihn mit einem kleinen Wochenlohn an. 1903 bis 1925 war Jarmer Leiter des Mähr. Trübauer Konsumvereines und dessen Obmann.

Was Jarmer in den vielen Jahrzehnten seines Wirkens für die Partei, die Presse, die Gewerkschaft und die Genossenschaft getan hat, läßt sich kaum schildern. Passlos, unermüdet, als einziger Redner und Organisator in einem großen Proletarierbezirk, widmete er alle seine freie Zeit, Tag und Nacht dem schweren Ringen des klassenkämpfenden Proletariats, opferte er all seine Kraft und seine Gesundheit der gerechten Sache der Arbeiterkraft.

Aber auch im öffentlichen Leben stellte Jarmer immer voll auf seinen Mann. Als erster Bürgermeister der Stadt Mähr. Trübau nach dem Umsturz hat Jarmer soviel Segensreiches geschaffen, daß sein Name unaussprechbar bleibt in den Annalen der Stadt.

Ignaz Jarmer ist nicht mehr, aber die Saat, die er gesät, hat reiche Früchte getragen, Hunderte Mitkämpfer hat er gewonnen, die das Werk fortführen werden, das er begonnen, in seinem Sinne, in seinem Geiste.

Italien hilft Oesterreich

Paris, 26. August. (Sch. P.-B.) „Matin“ berichtet aus Rom, daß nach den Berichten der italienischen Presse in der nächsten Zeit neue österreichisch-italienische Handelsvereinbarungen in Kraft treten sollen. Mussolini und Dollfuß sollen sich in Riccione auf folgende Maßnahmen geeinigt haben:

1. Italien wird Oesterreich eine Freihandelszone im Triester Hafen einräumen.
2. Oesterreich wird unter Aufsicht der italienischen Regierung eine Handelsflotte schaffen. Der österreichische Haupthafen wird Triest sein.
3. Oesterreich wird soweit als möglich seinen ganzen Ueberseehandel auf Triest konzentrieren.
4. Italien gewährt für die nach Italien beförderten österreichischen Waren Vorzugszölle.
5. Italien wird in größerem Ausmaße Waren von Oesterreich beziehen.

SA in Braunschweig aufgelöst.

Braunschweig, 26. August. Mit 31. August wird die SA- und SS-Polizei in ihrer bisherigen Form im Lande Braunschweig aufgelöst.

Reorganisation der sozialdemokratischen Partei Jugoslawiens

Belgrad, 26. August. (Abala.) Das sozialistische Organ bringt heute einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Das Ende der politischen Untätigkeit“, worin konstatiert wird, daß die Opposition ihre Taktik der politischen Untätigkeit aufgeben. Der Artikel schließt mit einem Appell an die Führer der ehemaligen sozialdemokratischen Partei Jugoslawiens, die Partei möge eine Konferenz einberufen, um über die Reorganisation der sozialistischen Partei zu beraten, deren Tätigkeit am 6. Jänner 1929 eingestellt wurde.

Rußland und Mandschukuo

Charbin, 26. August. Die Regierung des Mandschurei-Staates hat an den russischen Generalkonsul in Charbin eine Protestnote gerichtet, in den gegen angebliche Einfälle sowjet-russischer Kavallerie in die Grenzgebiete des Mandschurei-Staates Einspruch erhoben wird. Wenn diese Einfälle nicht sofort aufhören, heißt es in der Note, würden sehr ernste Folgen eintreten.

